

Änderungsantrag
der Gruppe der PDS/Linke Liste

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1993
– Drucksachen 12/3000 Anlage, 12/3541, 12/3506, 12/3530, 12/3590, 12/3591 –

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 02 wird der Titel 684 05 – Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit – um 9 858 TDM zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ erhöht.

Bonn, den 24. November 1992

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Politik ist heute weniger denn je ohne sozialwissenschaftliche Forschungen und darauf fußende politische Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich zu gestalten. Den etablierten Parlamentsparteien in der Bundesrepublik Deutschland stehen zum großen Teil bereits seit vielen Jahren parteinahe, rechtlich jedoch parteiunabhängige Stiftungen (überwiegend in der juristischen Form von eingetragenen Vereinen) zur Seite, die politische Entscheidungsfindungen durch wissenschaftliche Analysen und Studien fundiert vorbereiten. Durch eine Vielzahl unterschiedlichster Veranstaltungen fördern sie politische Bildung der Wahlbevölkerung und pflegen die Auslandskontakte der jeweiligen Parteien. Der eingetragene Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ ist bereit, diese Aufgaben als parteinahe Stiftung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zu übernehmen.

Der Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ wurde im November 1990 gegründet. Er verfolgt mit der Förderung von politischer Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kul-

tur sowie der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Er will damit einen Beitrag zur Entfaltung freien Denkens und solidarischen Handelns in humanistischem, demokratischem und internationalistischem Geiste leisten.

In der Satzung des Vereins wird zu Zweck und Aufgaben ausgeführt: „Mit Blick auf zentrale Fragen der Zukunft und eingedenk der historischen Erfahrungen ist der Verein folgenden Werten und Zielen verpflichtet:

- der Schaffung ausreichender Existenzgrundlagen für die freie Entwicklung der Individuen;
- der Stärkung des Selbstbewußtseins aller Menschen und ihrer Kompetenz, ihre Lebenszusammenhänge gemeinschaftlich selbst zu gestalten; der Überwindung aller Formen der Entfremdung gegenüber der Gesellschaft;
- einer menschlichen Werten untergeordneten Gestaltung künftiger Technologien sowie ihrer sozialen und ökologischen Folgen;
- der Humanisierung der Arbeitswelt und der Erweiterung der demokratischen Mitgestaltung der Wirtschaft;
- der Förderung einer gesunden Entwicklung von Mensch und Natur;
- der Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft nach ökologischen Kriterien;
- der Überwindung patriarchaler Gesellschafts- und Familienstrukturen; der Gleichstellung der Geschlechter;
- dem konsequenten Antifaschismus sowie der Überwindung aller Formen nationaler, rassischer und sexueller Diskriminierung;
- der friedlichen Lösung gesellschaftlicher Konflikte sowie der weltweiten Demilitarisierung;
- dem Denken in globalen Zusammenhängen sowie der partnerschaftlichen internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker;
- der weltanschaulichen Toleranz; der kulturvollen Gestaltung des Alltags und der geistigen und politischen Auseinandersetzung;
- dem freien Austausch über gesellschaftspolitische Vorstellungen, insbesondere des demokratischen Sozialismus (§ 2 Abs. 2).“

Der Zweck und die Ziele des Vereins sollen vor allem erreicht werden durch:

- vielfältige, öffentliche Bildungsangebote;
- Förderung wissenschaftlicher Forschung zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft entsprechend den Aufgaben des Vereins;

- Kooperation mit anderen Institutionen und den Aufbau eigener Einrichtungen;
- Herausgabe und Förderung ein- und mehrsprachiger Veröffentlichungen;
- Förderung begabter junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Studenten und Studentinnen aus dem In- und Ausland durch Stipendien und Förderkurse;
- Aufbau und Unterhaltung von Archiven und Informationsstellen entsprechend den Aufgaben des Vereins;
- Aufbau und Förderung von Bildungs- und Begegnungsstätten und
- Förderung von Kontakten und Projekten im internationalen Bereich, insbesondere in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Der eingetragene Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ hat von der PDS die Anerkennung als parteinahe Stiftung erhalten. Aufgrund der Maßnahmen der Treuhandanstalt und der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ bestand und besteht seitens der PDS keine Möglichkeit, die Tätigkeit dieser parteinahen Stiftung zu unterstützen; ein solches Verfahren wäre auch nicht üblich und würde berechnete Zweifel an der Unabhängigkeit einer solchen Stiftung aufkommen lassen.

Der Verein hat von September 1991 bis August 1992 83 Bildungsveranstaltungen mit 1942 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Die Veranstaltungen fanden hauptsächlich in Berlin, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein statt.

Im Oktober 1991 veranstaltete der Verein eine Konferenz zum Thema „Hinterm Horizont geht's weiter“ – Linke politische Bildung: Selbstverständnis und Angebote – mit ca. 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Die Finanzierung des Vereins erfolgt über 11 ABM-Stellen mit dazugehörigen Sachkosten, über Mitgliedsbeiträge der Vereinsmitglieder, Teilnehmerbeiträge und Spenden.

In drei Bundesländern erhalten der PDS nahestehende Landesstiftungen aus dem jeweiligen Landeshaushalt Globalmittel, und zwar:

1. Berlin: „Helle Panke“, Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V. (bisher 67 Veranstaltungen mit ca. 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern);
2. Brandenburg: Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg e. V.“ – bisher 48 Veranstaltungen, davon 3 Konferenzen, mit 1 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – in Potsdam;
3. Sachsen: Rosa-Luxemburg-Verein e. V. in Leipzig.

Die Höhe der beantragten Mittel – 9,858 Mio. DM – entspricht der Summe, die 1993 für die parteinahe Stiftung der GRÜNEN veranschlagt worden ist.

Nachdem der Haushaltsausschuß und das Bundesministerium des Innern 1991 und 1992 die Weitergewährung von Globalzuschüssen an die parteinahe Stiftung der GRÜNEN beschlossen haben, obwohl DIE GRÜNEN seit Dezember 1990 nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten sind und obwohl kein Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Anerkennung dieser parteinahen Stiftung der GRÜNEN (West) vorgelegt werden mußte, wäre die erneute Ablehnung unseres Antrags eine politisch motivierte Entscheidung des Parlaments und ein eklatanter Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz.